

17. Wahlperiode

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Künftiger Umgang mit NS-Raubkunst

Drucksache 16/1403

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten
V A 1 Ry
90228-410

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über

Künftiger Umgang mit NS-Raubkunst

- Drucksache Nr. 16/1403

Der Regierende Bürgermeister von Berlin legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 29.05.2008 Folgendes beschlossen:

„In Umsetzung der Ergebnisse des Sonderausschusses Restitution des Abgeordnetenhauses von Berlin werden folgende Festlegungen zum zukünftigen Umgang mit potenziell restitutionsbehafteter NS-Raubkunst getroffen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die Neufassung der „Handreichung vom Februar 2001 zur Umsetzung der ‚Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz‘ vom Dezember 1999“ dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Der Senat wird legitimiert, künftige Restitutionsentscheidungen auf der Grundlage der „Gemeinsamen Erklärung“ (Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz vom Dezember 1999) vorzunehmen.
3. Der Senat wird aufgefordert darzustellen, wie künftig in den Sammlungen und Museen des Landes Berlin die aktive Provenienzforschung/Recherche gesichert wird. In diesem Zusammenhang ist dem Abgeordnetenhaus alle 2 Jahre über den Stand der Umsetzung der „Gemeinsamen Erklärung“ zu berichten.

Hierzu wird berichtet:

Zu Punkt 1 wurde bereits zum 30.09.2008 berichtet (Drs. Nr. 16/1775), so dass nur noch zu Punkt 3 des o.g. Beschlusses berichtet wird.

Zu Punkt 3 wird berichtet:

1. Provenienzforschung

Das Ergebnis meiner diesjährigen Umfrage zum aktuellen Stand der Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung im Zeitraum 2014 bis 2016 bestätigt die wachsende Bedeutung der Provenienzforschung als Teil der aktiven Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung. Die systematische Überprüfung der Provenienzen von Beständen und Sammlungen im Hinblick auf NS-Raubgut ist in den meisten Kulturgut bewahrenden Einrichtungen in Berlin etabliert und wird weiterentwickelt.

a) Museen

Die Stiftung Stadtmuseum hat im Rahmen ihres „Masterplans Provenienzforschung“ die Überprüfung der bedeutendsten Sammlungen für den Erwerbungszeitraum 1933 bis 1945 abgeschlossen. Dabei wurden die Gemälde- und Grafiksammlungen des Märkischen Museums sowie die Gemälde-, Grafik- und kunstgewerblichen Sammlungen des ehemaligen Berlin-Museums (1962 bis 1995) und des Märkischen Museums überprüft. Seit Jahresbeginn 2016 werden die Erwerbungen seit Gründung der Stiftung im Jahr 1995 bis zum Jahr 2010 im Hinblick auf vor 1945 entstandene und eventuell NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter untersucht. Es handelt sich hierbei um 504 Positionen aus verschiedenen Sammlungen.

Darüber hinaus wurde im vergangenen Jahr ein Rechercheprojekt zu den sog. Reichsbankmöbeln durchgeführt, die sich in der Kunstgewerbesammlung befinden. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um 51 französische Möbel des 18. und 19. Jahrhunderts, die 1951/1952 vom Finanzministerium der DDR aus vormaligen Depots der Reichsbank an das Märkische Museum überwiesen wurden. Als Ergebnis der Autopsie handelt es sich wahrscheinlich um Raubgut aus Frankreich, ohne dass eine Zuweisung an bestimmte Sammlungen oder Eigentümerinnen und Eigentümer möglich ist. Alle Objekte werden deshalb in die Lost-Art-Datenbank eingestellt. Die Stiftung Stadtmuseum wird die Objekte weiter überprüfen und strebt hierzu einen fachlichen Austausch mit anderen kunstgewerblichen Sammlungen zu vorhandenen Objekten mit sog. Reichsbanknummern an.

In der Stiftung Berlinische Galerie wird die systematische Prüfung der Sammlung Moderne Kunst fortgesetzt. Für 2017 sind auch die Prüfung von Kunstwerken, die aus einer Zu-Stiftung erworben wurden, sowie die Tiefenerschließung des als Deposition vorhandenen Nachlasses des Kunsthändlers Bernhard Böhmer geplant.

Im Rahmen der Recherchen wurde der 5-teilige Gemäldezyklus „Tempeltanz der Seele“ (um 1910) des Malers Fidus (Hugo Höppener) als NS-verfolgungsbedingt entzogen identifiziert. Mit den Erbinnen des vormaligen jüdischen Eigentümers besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, dass die Werke in der Berlinischen Galerie verbleiben und die Erbinnen einen finanziellen Ausgleich erhalten sollen.

Seit Ende 2015 werden ca.15.500 Datensätze aus der bisherigen wissenschaftlichen Tiefenerschließung des Ferdinand-Möller-Archivs sowie der Aufarbeitung des Fotoarchivs der Galerie Ferdinand Möller auf der Website der Berlinischen Galerie veröf-

fentlicht. Gleichzeitig wird der gesamte Dokumentenbestand des Ferdinand-Möller-Archivs in die Online-Präsentation der Berlinischen Galerie eingebunden.

Für den Aufbau der Forschungsstelle „Berliner Kunsthandel“ hat die Berlinische Galerie im Jahr 2015 eine der umfangreichsten Materialsammlungen zu Kunsthändlern und Sammlern im deutschsprachigen Raum, erworben. Das „Kunstarchiv Schweiger“ umfasst ca. 135.000 Karteikarten und Informationen zu mehr als 11.000 Suchbegriffen (Händlern, Sammlern, Künstlervereinigungen, Kunstorte etc.) sowie redigierte Datensätze, die ein „Lexikon des Kunsthandels der Moderne“ bilden sollten. Diese Informationen sind in ihrer Dichte und Bündelung bisher in keiner öffentlichen Einrichtung abrufbar. Mit der Zusammenführung der Rechercheergebnisse zu den Sammlungen der Berlinischen Galerie, den Daten aus der Tiefenerschließung des Ferdinand-Möller-Archivs, den Daten aus weiteren Kunsthandelsüberlieferungen in der Berlinischen Galerie sowie dem „Kunstarchiv Schweiger“ wird ab 2017 ein erster digitaler Einblick in die Strukturen des Kunsthandels der Moderne in Berlin ermöglicht und ein wesentlicher Beitrag zur Auffindung von NS- Raubgut geleistet.

Um die Provenienzforschung in der Ausbildung zu verankern, beabsichtigt die Berlinische Galerie erneut eine Stellenausschreibung für ein wissenschaftliches Volontariat für Provenienzforschung im Haushaltsjahr 2018/19.

Die Stiftung Bröhan-Museum hat ein kurzfristiges Rechercheprojekt zur Provenienz des Gemäldes „Wolkenschatten“ (1902) von Walter Leistikow durchgeführt. Das Werk wurde im Jahr 1968 von Karl Bröhan aus „Berliner Privatbesitz“ erworben und befindet sich seit 1982 als Schenkung im Bröhan-Museum. Da die bestehende Provenienzlücke zwischen 1933 und 1968 durch die Recherchen nicht geschlossen werden kann, wird das weitere Vorgehen derzeit geprüft. Der Projektbericht wird auf der Website des Museums veröffentlicht.

Die bezirklichen Museen haben meine Umfrage erneut unter Hinweis auf den Zeitpunkt ihrer Entstehung überwiegend mit „Fehlanzeige“ beantwortet. Das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf würde die Forschung zur Entstehung, Geschichte und zu den Verlusten der historischen Kunstsammlung fortsetzen und das Mitte Museum ein Provenienzforschungsprojekt beginnen, wenn die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stehen würden.

b) Bibliotheken

Die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin setzt die Überprüfung des Altbestandes der Berliner Stadtbibliothek fort, insbesondere wird seit Dezember 2015 verstärkt an der Überprüfung der „Sammlung alte Drucke“ (ca. 14.400 Bände) sowie der Dokumentation der vorhandenen Provenienzhinweise gearbeitet.

Die bisherige Raubgut-Datenbank der Zentral- und Landesbibliothek Berlin wurde gemeinsam mit der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin und der Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum weiter entwickelt und zur gemeinsamen Provenienzdatenbank „Looted Cultural Assets“ (LCA) ausgebaut. Die Datenbank setzt Maßstäbe für die Kooperation der Bibliotheken, insbesondere bei der NS-Raubgutforschung, da alle Rechercheergebnisse zusammengeführt und für die Öffentlichkeit recherchierbar gemacht werden. Sie enthält u.a. über 28.000 Provenienzhinweise (Stand Dezember 2015) und wurde im März 2016 zusammen mit den anderen Kooperationspartnern im Centrum Judaicum der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum hat die Raubgutforschung in ihrem Bibliotheksbestand fortgesetzt. Dabei werden ca. 8.000 Bände, u.a. aus dem Altbestand der Jüdischen Gemeinde (Ost), überprüft. Die vor 1945 erschienenen Judaica und Hebraica weisen verschiedene Provenienzhinweise auf verfolgte und deportierte Eigentümerinnen und Eigentümer auf.

Die Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin setzt die Überprüfung ihrer Bestände fort und führt im Zeitraum April 2015 bis März 2017 das Projekt „Provenienzrecherche nach NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut im Altbestand 1952 bis 1968“ durch. Im Rahmen dieses Projektes wurden bisher 877 Objekte als stark verdächtig bewertet. Die Rechercheergebnisse werden in der Datenbank „Looted Cultural Assets“ bereitgestellt.

Die Universitätsbibliothek der Technischen Universität Berlin hat im Jahr 2015 das Projekt „Untersuchung der 1945 aus der ehemaligen Luftkriegsakademie Gatow an die Universitätsbibliothek der TU Berlin übernommenen Bücher und Zeitschriften auf NS-Raubgut“ abgeschlossen. Eine Liste von 584 als verdächtig bewerteter bzw. evtl. verdächtiger Bände wurde in der Lost-Art-Datenbank veröffentlicht. Im Rahmen des Projektes wurde bzw. wird auch die Ausstellung „Kriegswichtig! Die Bücher der Luftkriegsakademie Berlin Gatow“ u.a. in Einrichtungen der Bundeswehr gezeigt.

Festzustellen ist, dass die Anzahl der Provenienzanfragen und Rückgaben nur im Bibliotheksbereich relativ hoch ist. Die Bibliotheken führen dies vorrangig auf die Datenbank „Looted Cultural Assets“ zurück, die auch international stark genutzt wird. Auf Grund der zahlreichen Recherche- und Forschungsprojekte konnten die Einrichtungen in vielen Fällen einen NS-verfolgungsbedingten Entzug von Kulturgütern ausschließen.

Für Einrichtungen im Land Berlin (einschließlich Stiftung Preußische Schlösser und Garten Berlin-Brandenburg) ergibt sich für den Zeitraum 2014 bis 2016 folgende Übersicht (Stand 15.08.2016):

Einrichtung	Anfragen	Rückgabeersuchen	Rückgaben	Vereinbarungen	Bemerkung
Stiftung Berlinische Galerie	1 für 1 Bronzebüste	1 für 5 Gemälde	entfällt	entfällt	Vereinbarung in Vorbereitung
Stiftung Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum	ca. 50/Jahr 2016:18		52 Bücher	18	Prüfung noch nicht beendet bzw. Erbenermittlung (noch) nicht gelungen
Stiftung Bröhan-Museum	1 für 1 Gemälde	entfällt	entfällt	entfällt	weiteres Vorgehen wird geprüft
Stiftung Stadtmuseum	1 für 3 Gemälde und 1 Kornkanne	entfällt	entfällt	entfällt	
Stiftung Preussische Schlösser	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	

und Garten					
Stiftung Zentral- und Landesbibliothek	215 Bücher und Exlibris	entfällt	84 Bücher, 20 Exlibris	53	Prüfung noch nicht beendet bzw. Erbenermittlung (noch) nicht gelungen
Universitätsbibliothek Freie Universität Berlin	1 Anfrage für 1 Buch	entfällt	77 Medieneinheiten	20 für 57 Medieneinheiten	

Die Fortführung der laufenden Projekte bzw. die Aufnahme neuer Projekte ist über das Haushaltsjahr 2016/17 hinaus notwendig. Dies ist neben dem Umfang der zu prüfenden Bestände auch darauf zurückzuführen, dass die Erwerbungen der Einrichtungen nach 1945 auch Kulturgüter umfassen, die bereits vor 1945 entstanden sind.

Die systematische Provenienzforschung in den Kulturgut bewahrenden Einrichtungen wird vorrangig durch zusätzliche Mittel im Haushaltsplan des Landes Berlin (Kapitel 0310/ Titel 52609 - Thematische Untersuchungen) ermöglicht. Im Zeitraum 2014 bis 2016 wurden bzw. werden folgende Projekte gefördert (Stand 15.08.2016):

Einrichtung/Sammlung	Projekt	Betrag
Galerie des 20. Jahrhunderts	Website und Publikation der Projektergebnisse	77.035 €
Stiftung Berlinische Galerie	Fortsetzung Prüfung Kunstsammlung, Online-Veröffentlichung Tiefenerschließung Ferdinand-Möller-Archiv und Fotoarchiv, Vorbereitung Online-Veröffentlichung „Kunstarchiv Schweiger“, Aufbau Forschungsstelle/Archiv „Berliner Kunsthandel“	346.003 €
Stiftung Stadtmuseum	Fortsetzung Prüfung Kunstgewerbebestand, vertiefte Prüfung von Einzelwerken, Reichsbankmöbel, Numismatische Sammlung, Erwerbungen nach 1945	200.430 €
Zentral- und Landesbibliothek Berlin	Fortsetzung Prüfung und Dokumentation Altbestand Berliner Stadtbibliothek	274.826 €
insgesamt		898.294 €

Die Mittelverwendung aus Kapitel 0310/Titel 52609 ist für 2017 wie folgt vorgesehen:

Einrichtung	Projekt	Betrag
Stiftung Berlinische Galerie	Fortsetzung Prüfung Sammlungen, Tiefenerschließung Nachlass Böhmer, Vorbereitung Online-Publikation „Kunstarchiv Schweiger“, Aufbau Forschungsstelle/Archiv „Berliner Kunsthandel“	113.047 €
Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum	Prüfung Altbestand der Jüdischen Gemeinde Berlin-Ost	56.180 €
Stiftung Stadtmuseum	Dokumentation und Publikation der Projektergebnisse Masterplan 2010-2014, Prüfung	34.800 €

	der Erwerbungen nach 1945	
Zentral- und Landesbibliothek	Fortsetzung Prüfung und Dokumentation im Bestand	95.873 €
insgesamt		299.900 €

Die vorgenannten Einrichtungen haben bereits einen weiteren Mittelbedarf für den Entwurf des Haushaltsplans 2018/2019 angekündigt, der im Wesentlichen nur aus Landesmitteln abgedeckt werden kann und - wie in den Vorjahren - den derzeitigen Haushaltsansatz erheblich übersteigt.

Der Senat misst der Provenienzforschung mit dem Ziel der Identifizierung von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern als Grundlage für „gerechte und faire Lösungen“ weiterhin Priorität zu. Die Erforschung der Bestände und Sammlungen ist eine der Kernaufgaben der Kulturgut bewahrenden Einrichtungen und nicht auf diesen Themenkomplex beschränkt. Die Forderung nach Herkunftsnachweisen als „vollständige Dokumentation eines Gegenstandes und seiner Besitzverhältnisse vom Zeitpunkt seiner Entdeckung oder Schöpfung bis in die Gegenwart, wodurch Echtheit und Eigentumsansprüche festgestellt werden“ (ICOM, Ethische Richtlinien für Museen) kann nur durch eine Verstärkung der Provenienzforschung erfüllt werden. Die Stiftung Stadtmuseum ist hier richtungsweisend und besetzt zum 01.10.2016 eine unbefristete Teilzeitstelle für Provenienzforschung. Die Bedeutung der Provenienzforschung und der Bedarf an kontinuierlicher professioneller Arbeit machen es notwendig, bei der Haushaltsaufstellung 2018/19 unbefristete Vollzeitstellen in der Stiftung Stadtmuseum, der Stiftung Berlinische Galerie und der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin vorzusehen.

2. Projekt „Galerie des 20. Jahrhunderts“

Von 2010 bis 2013 wurde unter der Leitung des Zentralarchivs der Staatlichen Museen zu Berlin ein Kooperationsprojekt des Landes Berlin und der Stiftung Preussischer Kulturbesitz realisiert, um die Provenienzen von rund 520 Werken der ehemaligen Galerie des 20. Jahrhunderts, die sich als Dauerleihgaben in den Staatlichen Museen zu Berlin befinden, im Hinblick auf einen möglichen NS-verfolgungsbedingten Entzug zu untersuchen. Damit wurde eines der umfangreichsten Provenienzforschungsprojekte für einen in der Nachkriegszeit zusammengetragenen Sammlungsbestand an deutschen Museen abgeschlossen. Es markiert eine wichtige Etappe der Berliner Provenienzforschung und ist ein deutender Beitrag für die Provenienzforschung in Deutschland.

Die Ergebnisse des Projekts wurden 2015/2016 in zwei unterschiedlichen Formen veröffentlicht und vorgestellt:

Die Website www.galerie20.smb.museum präsentiert die Ergebnisse des Projektes und enthält detaillierte Angaben zu den Provenienzen der untersuchten Werke. Darüber hinaus enthält sie Untersuchungen zu einzelnen Werken, die nach 1968 aus Mitteln des Landes Berlin erworben wurden. Die Online-Datenbank bietet zusätzlich ein ausführliches Register der beteiligten Galerien, Kunsthandlungen und Auktionshäuser.

Die im Deutschen Kunstverlag erschienene Publikation „Die Galerie des 20. Jahrhunderts in Berlin 1945 bis 1968 - Der Weg zur Neuen Nationalgalerie“ dokumentiert erstmals vollständig den Bestand der Galerie des 20. Jahrhunderts - insgesamt 1.700 Gemälde, Skulpturen, Zeichnungen und Grafiken der Jahre 1900 bis 1968 -

und somit auch jener Werke, die sich in den Sammlungen anderer Berliner Museen befinden. Darüber hinaus präsentiert das Buch ausführlich die historische Entwicklung der Sammlung von der Gründungsphase der Galerie bis zur Bildung der „Vereinigten Kunstsammlungen“ und bietet Einblicke in die Kulturpolitik Berlins der Nachkriegszeit. Publikation und Website lassen ein nahezu vergessenes Kapitel der deutschen und der Berliner Museums- und Zeitgeschichte wieder aufleben.

Als Ergebnis des Projektes wurden 37 Werke, die weiterhin Provenienzlücken im Zeitraum 1933 bis 1945 aufweisen, möglicherweise NS-verfolgungsbedingt entzogen wurden und für die keine berechtigten Personen bekannt sind, als Fundmeldungen in die Lost Art-Datenbank eingestellt. Weitere Fundmeldungen werden nicht übermittelt, sondern es wird in der Datenbank auf die neue Website der Staatlichen Museen zu Berlin (www.galerie20smb.museum.de) verwiesen.

Sofern zukünftig neue Erkenntnisse vorliegen sollten, könnten diese zu Rückgaben oder anderen „gerechten und fairen Lösungen“ führen. Im Rahmen des Projektes wurden im Jahr 2015 zwei Zeichnungen von Milly Steger, die in den 1950er Jahren als Leihgaben in die Galerie des 20. Jahrhunderts gekommen sind (Fremdbesitz), zurückgegeben.

3. Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste

Die Aufgaben der bisherigen Koordinierungsstelle Magdeburg beim Kulturministerium des Landes Sachsen-Anhalt und der Arbeitsstelle für Provenienzforschung (AfP) am Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin wurden von der zum 01.01.2015 gegründeten Stiftung privaten Rechts „Deutsches Zentrum Kulturgutverluste“ (DZK) übernommen. Träger der Stiftung sind der Bund, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände. Der Bund hat sich verpflichtet, die Stiftung mit mindestens 4 Mio. €/Jahr zu finanzieren, der Länderanteil beträgt 608.000 €/Jahr. Der Berliner Finanzierungsanteil beläuft sich ab 2015 auf insgesamt 32.580 €/Jahr.

Zur Kompensation der Verwaltungskosten zur Umsetzung des Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechts (KGSG) vom 31.07.2016 (BGBl. I, S.1914) hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien zugesagt, zukünftig den Länderanteil an der Stiftung vollständig zu übernehmen. Einzelheiten der haushaltsmäßigen Umsetzung werden noch zwischen Bund und Ländern geklärt.

Die Gremien der Stiftung haben sich bis Ende 2015 konstituiert, und der organisatorische und personelle Aufbau konnte inzwischen weitgehend abgeschlossen werden. Das Land Berlin ist im ersten Stiftungsrat für die Dauer von 3 Jahren vertreten.

Zu den wesentlichen fachlichen Aktivitäten gehörten im Gründungsjahr u.a.

- die Durchführung der ersten internationalen Konferenz „Neue Perspektiven der Provenienzforschung in Deutschland“,
- der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Arbeitskreis Provenienzforschung e.V.,
- die weitere Optimierung der Lost Art-Datenbank,
- erste Beratungen zum Forschungsfeld „Kulturgutverluste SBZ/DDR“,
- Initiativen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung und
- die Ausweitung der Projektförderung für die NS-Raubgutforschung.

Für den Zeitraum 2016 bis 2017 sind insbesondere der Erlass neuer Förderrichtlinien, die Einrichtung einer Forschungsdatenbank für die Erfassung und wissenschaftliche Auswertung der Ergebnisse der geförderten Projekte sowie die Erarbeitung eines Leitfadens „Provenienzforschung“ geplant.

Nach Angaben des DZK haben Einrichtungen im Land Berlin im Zeitraum 2008-2016 insgesamt 15,28 % der vorhandenen Fördermittel erhalten (8,98 % langfristige und 5,93 % kurzfristige Projekte). Dies entspricht der Förderung von insgesamt 33 Projekten (18 langfristige und 15 kurzfristige Projekte). Damit steht das Land Berlin nach Bayern auf Platz 2 der Verteilerliste. Die Projekte der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften werden dabei den Bundesländern Berlin und Brandenburg zugerechnet.

Im Jahr 2015 hat die Bundesregierung die jährlichen Fördermittel kurzfristig auf 5,3 Mio. € erhöht, da die beantragte Fördersumme die verfügbaren Mittel des DZK um 1,05 Mio. € überstieg. Das DZK erwartet, dass der Bedarf an Fördermitteln im Jahr 2016 erneut den Ansatz im Wirtschaftsplan übersteigen wird.

Im Zeitraum 2014 bis 2016 wurden bzw. werden folgende Einrichtungen in Berlin von der AfP bzw. vom DZK gefördert:

a) Langfristige Projekte (Stand 15.08.2016)

Einrichtung	Projekt	Betrag
Jüdisches Museum Berlin	Gemälde-und Skulpturensammlung	65.036 €
Kupferstichkabinett, SMB	Sammlung Zeichnungen	143.075 €
Museum Berggruen (SPK)	Prüfung Bestand	46.125 €
Staatsbibliothek zu Berlin	Prüfung Bestand	173.036 €
Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum	Prüfung Bibliothek	54.000 €
Stiftung Domäne Dahlem	Sammlung Armbruster	56.980 €
Stiftung Preußische Schlösser und Garten Berlin-Brandenburg	Ankäufe der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Garten (Gemäldesammlung)	61.320 €
Universitätsbibliothek Freie Universität Berlin	Prüfung Altbestand 1952 bis 1968	161.710 €
Universitätsbibliothek Technische Universität Berlin	Bücher Luftkriegsakademie Gatow	67.134 €
insgesamt		828.416 €

b) kurzfristige Projekte (Stand 15.08.2016)

Einrichtung	Projekt	Betrag
Bröhan-Museum	1 Gemälde	10.348 €
Käthe-Kollwitz-Museum	2 Zeichnungen	13.900 €
Museum für Kommunikation	1 Briefmarkensammlung	11.000 €
Stiftung Deutsches Historisches Museum	1 Gemälde	6.000 €
Stiftung Stadtmuseum Berlin	1 Schinkel-Schreibsekretär, 1 Spindler-Damenschreibtisch	20.500 €
insgesamt		61.748 €

Für den Förderzeitraum 2016/2017 beabsichtigen die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, die Stiftung Stadtmuseum, die Akademie der Künste und die Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin einen Verlängerungsantrag bzw. neue Projektanträge zu stellen. Die Förderhöchstdauer für ein Projekt beträgt weiterhin 36 Monate.

Das DZK hat zum 01.01.2016 die Projektträgerschaft für das Nachfolgeprojekt „Provenienzrecherche Gurlitt“ übernommen, nachdem die Taskforce „Schwabinger Kunstfund“ ihre Arbeit vereinbarungsgemäß zum 31.12.2015 beendet hat. Da 608 Werke aus dem insgesamt 1.578 Werke umfassenden „Kunstfund Gurlitt“ von der Taskforce nicht abschließend erforscht werden konnten, wird das Folgeprojekt - vorläufig bis Ende 2016 – durchgeführt. Für dieses Projekt werden dem DZK zusätzliche Mittel durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellt.

Im Juli 2016 hat das Projekt „Provenienzrecherche Gurlitt“ erste Resultate seiner Arbeit vorgelegt und Kurzberichte mit Zwischenergebnissen zu 189 Werken aus dem Salzburger Nachlass auf der Internetseite des DZK und in der Lost Art-Datenbank veröffentlicht. Mit Hilfe des Bundesarchivs wurde der umfangreiche schriftliche Nachlass von Cornelius Gurlitt digitalisiert, und seit April 2016 sind ca. 2400 Fotos von Kunstwerken im Bundesarchiv einsehbar. Die Geschäftsunterlagen sollen, soweit sie Informationen zur Herkunftsgeschichte von Kunstwerken enthalten, ebenfalls im Bundesarchiv zugänglich gemacht werden.

Mit dem Abschluss eines Zuwendungsvertrages durch das DZK ist die Verpflichtung des Zuwendungsempfängers verbunden, nach Projektende diejenigen Objekte in der Lost Art-Datenbank zu veröffentlichen, bei denen ein NS-verfolgungsbedingter Verlust weiterhin vermutet wird oder nicht ausgeschlossen werden kann. Auch deshalb ist ein weiterer Anstieg der Fundmeldungen von Kulturgut bewahrenden Einrichtungen festzustellen. Derzeit liegen Fundmeldungen von acht Museen (432 Einzelobjekte), sechs Bibliotheken (16.464 Einzelobjekte) und einem Archiv (21 Aktenbände) aus Berlin vor. Der Senat hat die Einrichtungen, deren Projekte aus Kapitel 0310/Titel 52609 gefördert werden, dazu angehalten, entsprechend zu verfahren, wenn frühere Eigentümerinnen und Eigentümer oder deren Rechtsnachfolgerinnen und Rechtsnachfolger nicht bekannt sind.

Gemeinsam mit dem Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin hat das DZK den 2-semesterigen Zertifikatslehrgang „Provenienzforschung – über die Herkunft der Kunstwerke“ entwickelt. Er richtet sich u.a. an Sammlungsleiterinnen und Sammlungsleiter, freiberufliche Provenienzforscherinnen und Provenienzforscher und den Kunsthandel und umfasst 4 Module, die theoretische und praktische Ziele und Methoden der Provenienzforschung vermitteln.

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 26.08.2016

Michael Müller
Regierender Bürgermeister